



positionen *

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

WWW.SPDFRAKTION.DE

NR. 01/16

* Außenwissenschaftspolitik — Herzstück der Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 25. Mai 2016

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: AG BILDUNG UND FORSCHUNG
GESTALTUNG: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN JUNI 2016

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

I. Kernforderungen

1. Internationale Mobilität von Studierenden stärken
 2. Lehre, Studium sowie „Double-Degree“-Programme weiterentwickeln
 3. Internationale Mobilität in Wissenschaft und Hochschulmanagement erhöhen
 4. Bildungsbiografien und Alumni-Netzwerke befördern
 5. Geschlechtergerechtigkeit im internationalen Wissenschaftssystem sicherstellen
 6. Menschen mit Behinderung stärker einbeziehen
 7. Integration von Geflüchteten in die deutsche Hochschullandschaft beschleunigen – Krisen- und Konfliktprävention stärken
 8. Willkommenskultur etablieren
 9. Transnationale Bildungskooperationen und -projekte ausbauen
 10. Digitalisierung im Rahmen der Internationalisierung bestärken
 11. Internationalität außeruniversitärer Forschungseinrichtungen fördern
 12. Deutsche Schulen im Ausland stärken und Zugangsmöglichkeiten zu deutschen Studiengängen intensivieren, erhalten und fördern
 13. Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser stärken
 14. Internationalisierung von KMU entfalten
 15. Monitoring zur Außenwissenschaftspolitik implementieren
 16. Think Tank zur Außenwissenschaftspolitik aufbauen
-

II. Die Rolle der Außenwissenschaftspolitik im Rahmen der Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft

Die Außenwissenschaftspolitik (AWP) ist als genuiner Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) die tragende Säule der Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft. In einer globalisierten Wissens- und Informationsgesellschaft ist die grenzüberschreitende Vernetzung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Deutschland unverzichtbar. Außenwissenschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sind im Rahmen der Internationalisierungsstrategie eng miteinander verzahnt: Ein international attraktives Profil unserer Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, deren Außenvertretung und eine enge Vernetzung der Institutionen unterstützen die deutsche Außenpolitik in ihren Zielen nach einer friedlichen, nachhaltigen, sozialen und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft; dieses Profil fördert Demokratie und Stabilität sowie die Freiheit von Forschung und Lehre in unseren Partnerländern. In Zeiten zunehmender internationaler Krisen und einer scheinbar aus den Fugen geratenen Weltgesellschaft leistet die deutsche Außenwissenschaftspolitik einen zentralen Beitrag dazu, die Zivilgesellschaft global aber auch lokal und regional zu stärken, Kommunikationsmöglichkeiten offen zu halten, demokratiesichernd zu wirken und nicht zuletzt die Spirale von Gewalt und Krisen zu durchbrechen. Die Rolle der AWP als flankierendes Instrument der Krisen- und Konfliktbewältigung wird angesichts der permanenten internationalen Krisensituation prospektiv noch höhere Relevanz erhalten. Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen sowie die deutsche Außenpolitik haben in diesem Kontext mehr denn je das Potenzial, sich gegenseitig effektiv zu unterstützen. Die Außenwissenschaftspolitik, in ihrer Funktion als krisen- und konfliktlösendes Instrument, muss angesichts der aktuellen Entwicklungen noch deutlicher gestärkt werden.

Deutschland profitiert bereits in besonderer Weise vom internationalen Austausch im Bereich von Forschung, Innovation und Entwicklungszusammenarbeit sowie bei der wissenschaftlichen Mobilität. Infolge des Bologna-Prozesses, der Exzellenzinitiative, dem Aufbau von Spitzenclustern in der Forschung, den Exzellenzzentren für Forschung und Lehre im Ausland, den Stipendien- und Austauschprogrammen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) wie auch des europäischen Programms Erasmus+ und zahlreicher Forschungsk Kooperationen (z. B. Horizont 2020) konnten unsere Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen ihre internationale Sichtbarkeit deutlich erhöhen. Strategisch-konzeptionell verbindet sich die Außenwissenschaftspolitik mit Instrumenten wie den deutschen Auslandsschulen sowie den Hochschulen mit Deutschlandbezug im Ausland, der Förderung der deutschen Sprache, dem interkulturellen Dialog, der kulturellen Programmarbeit und dem Kulturgüterschutz zu einem erweiterten Politikansatz.

Die Außenwissenschaftspolitik trägt damit zur Festigung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnern, der Krisenprävention und -stabilisierung, der Förderung von Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und der Vermittlung eines positiven und modernen Deutschlandbilds bei. Die Außenwissenschaftspolitik ist für die Flankierung deutscher Hochschulen und Forschung im Ausland unverzichtbar. Daher soll hier der strategische Fokus auf Wissenstransfer und Mobilität insbesondere im Kontext des Hochschul- und Wissenschaftsbereichs gelegt werden.

Außenwissenschaftspolitik umfasst den länderübergreifenden Austausch und Transfer von Personen, Wissen, Technologien und institutionellen Strukturen. Sie ist im Kontext der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung fester Bestandteil der Außenpolitik und findet an der Schnittstelle der Handlungsfelder Bildung und Wissenschaft, Forschung, Energiepolitik, Entwicklungszusammenarbeit,

Wirtschaft und Friedenspolitik statt. Diese Schnittstelle betrifft bundespolitisch neben dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Durch Forschung, Entwicklung, Wissens- und Technologietransfer gilt es, für die großen Herausforderungen unserer Zeit, empirisch gestützte und methodisch fundierte Lösungskonzepte zu entwickeln. Außenwissenschaftspolitik kann hohes Potenzial entfalten und Talente heben, um Problemlagen wie beispielsweise Welternährung, Klimawandel und internationale Konflikte zu lösen. Internationale Vernetzung und der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stellen einen Beitrag zur Friedensschaffung und -wahrung dar („Peace-Building“- und „Peace-Keeping“-Funktion). Es werden das friedliche Zusammenleben und der Austausch und das Verständnis zwischen den Kulturen gestärkt („Cultural Intelligence“). Außenwissenschaftspolitik ist zudem als Wissenschaftsdiplomatie zu verstehen, in deren Rahmen sie krisenentschärfend, krisenpräventiv und konfliktbewältigend wirkt.

Außenwissenschaftspolitik bietet nicht nur die Chance, mit erfolgreichen Bildungs- und Wissenschaftskonzepten sowie den dazugehörigen Institutionen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Vielmehr fördert sie darüber hinaus den wissensbasierten, grenzüberschreitenden und technologischen Fortschritt sowie die wirtschaftliche Entwicklung. Bildung und Wissenschaft haben daher eine zentrale Schlüsselfunktion für die Wirtschaftskraft, die soziale und ökonomische Stabilität sowie die Aufstiegs- und Entwicklungschancen ganzer Regionen und Länder. Eine zielgerichtete Außenwissenschaftspolitik im Rahmen einer umfassenden Internationalisierungsstrategie leistet somit einen entscheidenden Beitrag dazu, Bildungserfolg und -gerechtigkeit sowie wirtschaftliche Prosperität zu fördern, aber auch Deutschlands Rolle in der globalen Wissensgesellschaft sowie als ökonomisch potenten Innovationsstandort und als Exportnation zu stärken.

Auch im nationalen Rahmen profitiert Deutschland von einer starken Außenwissenschaftspolitik: Gerade unter den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verbergen sich viele so genannte „Hidden Champions“, die im internationalen Vergleich innovationsstark sind und maßgeblich zu unserem wirtschaftlichen Erfolg beitragen. Die Ressourcen, eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen aufrecht zu erhalten, sind jedoch begrenzt. Unerschlossene Potenziale können mit Hilfe grenzüberschreitender Kooperationen zwischen Partnerhochschulen im In- und Ausland gehoben und weiterentwickelt werden. So tragen KMU und internationale Wissenschaftseinrichtungen weltweit dazu bei, Innovationschancen durch Wissens- und Technologietransferleistungen der Wirtschaft maßgeblich zu erhöhen. Enge internationale Kontakte und Netzwerke der deutschen Wissenschaft und Hochschulen unterstützen die Innovationsfähigkeit ihrer Industrie und die Neu- und Weiterentwicklung von Hochtechnologien.

III. Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft – Ein Status quo-Bericht

Internationale Mobilität von Studierenden und Lehrenden

Der internationale Studierendenaustausch ist ein Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems. Der Austausch befördert die Diversität und Kreativität in Hörsälen und Laboren; auch unterstützt er die Erneuerung weltumspannender Netzwerke hochqualifizierter Menschen, die das deutsche Wissenschaftssystem kennenlernen. Davon profitieren sowohl die Herkunftsländer als auch Deutschland – beispielsweise durch Wissenstransfer oder auch im Rahmen der Fachkräftesicherung. Mit der Bologna-Reform, dem Erasmus-Programm sowie dem seit 2014 bestehenden Erasmus+-Programm wurden und werden substantielle Beiträge für die Mobilität von Studierenden im europäischen und internationalen Raum geleistet. Studentische Mobilität wird zudem maßgeblich durch Programme des DAAD gefördert. Insbesondere das vom BMBF geförderte Konzept der „Double Degree“-Programme, bei denen beispielsweise Abschlüsse an zwei Partnerhochschulen erworben werden, fördert den internationalen Austausch von Studierenden und Lehrenden sowie die internationale Vernetzung deutscher Hochschulen. Das Stipendien- und Betreuungsprogramm (STIBET) hat zahlreiche Hochschulen dabei unterstützt, ausländische Studierende in den diversen Qualifikationsphasen vom Bachelor-Studium bis hin zur Promotion in ihrer akademischen Laufbahn zum Studien-erfolg zu verhelfen und die internationale Vernetzung sowie die Willkommenskultur zu stärken.

2015 studierten insgesamt 321.569 ausländische Studierende an deutschen Hochschulen. Dies entspricht einem Anteil von 11,9 Prozent an allen Studierenden. Damit bleiben Stipendienprogramme zur Förderung von individueller Mobilität von besonderer Relevanz, um die AWP zu stärken.

Internationale Mobilität in Wissenschaft und Hochschulmanagement

Die Bundesregierung fördert über die Finanzierung der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und des DAAD den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (z. B. über Stipendienprogramme, Forschungspreise oder Professorenprogramme). Der DAAD und die AvH fördern zudem Alumni-Netzwerke, denen eine bedeutende Rolle in der internationalen Vernetzung zukommt. Allein der DAAD verfügte im Jahr 2015 über ein Gesamtbudget von 451,7 Millionen Euro. Insbesondere dank der Stipendienprogramme, Projektförderungen, strategischen Partnerschaften leistet er einen erheblichen Beitrag zur Internationalisierung unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems. Zur Bindung von Spitzenforscherinnen und Spitzenforschern tragen zudem maßgeblich die Programme und Stipendien der AvH bei. Mit Hilfe der Alexander von Humboldt-Professur werden beispielsweise deutsche Hochschulen zu Knotenpunkten des internationalen Austausches für Lehre, Forschung und Wissenschaft. Darüber hinaus können neue Plattformen den Ausbau von internationalen Netzwerken befördern. So kann etwa das derzeit in Berlin entstehende Humboldt-Forum ein neuer Ort der Begegnung und des Dialogs der Kulturen der Welt werden. Hier könnten neue Formen des Zusammenwirkens wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeitsweisen – verbunden und mit neuen Dialogformaten – präsentiert werden.

Internationalität außeruniversitärer Forschungseinrichtungen

Die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft und die Leibniz-Gemeinschaft werden von Bund und Ländern gefördert und leisten einen bedeutenden Beitrag für den internationalen Austausch von Spitzenforscherinnen und Spitzenforschern sowie beim Aufbau internationaler Forschungs Kooperationen. Über den „Pakt für Forschung und Innovation“ wurden die außeruniversitären Forschungseinrichtungen maßgeblich gestärkt. Damit einher ging der Ausbau internationaler Beziehungen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich.

Transnationale Bildungsk Kooperationen und -projekte (TNB)

Die Bundesregierung unterstützt verstärkt Transnationale Bildungsk Kooperationen und -projekte. Mit Hilfe des DAAD wurden so die Deutsch-Jordanische oder die Türkisch-Deutsche Hochschule (TDU) aufgebaut. Beide sind herausragende Beispiele für gelungene Kooperationen deutscher Hochschulen mit internationalen Partnern. Neben dem Wissens- und Informationstransfer stellen diese binationalen Hochschulkooperationen dank ihrer arbeitsmarktnahen Studiengänge auch einen zentralen Faktor zur Friedensicherung in Krisenregionen – insbesondere im Nahen Osten – dar.

Darüber hinaus ist insbesondere der Erfolg der bislang vier etablierten Exzellenzzentren in Chile, Kolumbien, Russland und Thailand ein wichtiger Faktor der Außenwissenschaftspolitik. Gleiches gilt für das Programm „Fachzentren Afrika“, bei dem die Einrichtung von bislang sieben transnational und supraregional agierenden Bildungszentren die Funktion von gesellschaftlich relevanten Sektoren vor Ort stärkt. Die Kooperation zwischen afrikanischen und deutschen Hochschulen ist im Rahmen des Programms bereits in den Ländern Ghana, Kongo, Tansania, Namibia, Kenia und Südafrika etabliert und betrifft die Bereiche Entwicklungsforschung, Rechtswissenschaften, Strafjustiz, Mikrofinanzen, Logistik sowie Bildungsforschung und -management. Die vom AA weltweit finanzierten Zentren befördern den institutionellen sowie personellen Austausch für exzellente Bildung und Forschung. Insgesamt sind in den Transnationalen Bildungsk Kooperationen weltweit ca. 20.000 Studierende immatrikuliert – eine Zahl, die im internationalen Vergleich jedoch noch deutlich ausbaufähig ist. International werden das deutsche Engagement und seine staatliche Unterstützung als ein besonderes Modell wahrgenommen, das auf einem akademisch geprägten, partnerschaftlichen Kooperationsansatz fußt. Typisch dafür sind Studienangebote deutscher Hochschulen innerhalb bestehender ausländischer Hochschulen sowie eigenständige binationale Hochschulen im Ausland unter Beteiligung deutscher Hochschulkonsortien. Die Transnationalen Bildungsk Kooperationen bieten ferner eine sinnvolle Ergänzung zum stipendiengeförderten Auslandsstudium in Deutschland und eine Öffnung von deutscher Hochschulbildung zum Ausland. Sie machen das Land weniger anfällig für den „Brain-Drain“-Prozess.

Weiterhin entsprechen die TNB durch ihre strategische Ausrichtung und Verankerung den regionalen Bedürfnissen und verschaffen den entsendenden Hochschulen eine deutlich überregionale Sichtbarkeit und Reputation.

Als praxisorientiertes Pilotprojekt ist so etwa das gestartete „Kenyan German Centre for Applied Resources Management“ (KENGER) von besonderem Interesse. Dabei wird eine deutsche Fachhochschule (FH) oder ein Konsortium aus mehreren Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) zusammen mit einer technischen Hochschule das KENGER gründen. Ziel ist die Entwicklung und der Beginn der Implementierung von praxisnahen, innovationsorientierten Studiengängen und die Weiterbildung von Lehrkräften sowie die Beratung bei der technischen Ausstattung der kenianischen Partnerhochschule.

Vorbild könnte ebenso das Programm „Einstein BIH Visiting Fellows“ sein. Hier werden exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland eingeladen, am Berlin Institut of Health (BIH) Arbeitsgruppen einzurichten und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler anzuleiten. Mit überschaubaren Kosten finden hierbei Wissenstransfer und Vernetzung exzellenter Wissenschaft statt.

Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser

Die vom AA in enger Abstimmung mit dem BMBF, der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geförderten fünf Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) leisten einen substanziellen Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft Deutschlands und seiner Partnerländer. DWIH gibt es in New York, São Paulo, New Delhi, Tokyo und Moskau.

In seiner Funktion kann dazu ebenfalls das Deutsche Wissenschaftszentrum in Kairo gerechnet werden. Neben der Erhöhung der internationalen Sichtbarkeit deutscher Forschung und Innovation beraten diese Häuser Unternehmen und Forschungseinrichtungen in den jeweiligen Ländern. Damit leisten die Wissenschafts- und Innovationshäuser einen vielfältigen Beitrag zur Stärkung unserer Hochschullandschaft und zur Erreichung der außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik.

International wettbewerbsfähige Spitzencluster

Das BMBF unterstützt mit der Fördermaßnahme „Internationalisierung von Spitzenclustern, Zukunftsprojekten und vergleichbaren Netzwerken“ elf Cluster und Netzwerke mit jeweils bis zu vier Millionen Euro. Im Zentrum der Förderung stehen Cluster und Netzwerke der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer). Diese Form der Internationalisierung stärkt den Standort Deutschland in der Spitzenklasse der Länder beim Export von forschungsintensiven Gütern.

Internationale Forschung für die Bewältigung globaler Herausforderungen

Mit dem Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA), dem Programm „Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017“ und auch der nationalen Forschungsstrategie „Bioökonomie 2030“ engagiert sich das BMBF in zentralen Zukunftsfeldern mit globaler Relevanz. Die High-

tech-Strategie des Bundes leistet ebenso einen Beitrag zur internationalen Vernetzung und Forschung an Zukunftsfeldern im europäischen sowie im internationalen Raum. Die Plattformen „Horizont 2020“ und „Kooperation International“ bieten eine Anlaufstelle für die internationale Forschungsförderung.

Darüber hinaus ist die Einrichtung von „Grünen Innovationszentren“ in zwölf afrikanischen Ländern für die Förderung von nachhaltiger Entwicklung geplant, die vor allem einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger leisten sollen. Das Ziel ist die kooperative Stärkung lokaler Strukturen und die Umsetzung von nachhaltigen Projekten. Das „Future Okavango-Projekt“ ist dabei ein vom BMBF gefördertes Projekt für die nachhaltige Bewirtschaftung und zur Stärkung des Ressourcenmanagements entlang des Okavangos. Hiervon profitieren die Menschen in Angola, Botswana und Namibia und bringen zudem ihr Know-how für den nachhaltigen Ausbau ihrer Region in den Prozess der Erforschung nachhaltigen Ressourcenmanagements ein.

Das Umfeld, in dem die Außenwissenschaftspolitik operiert, hat sich zudem durch Konflikte wie in Syrien, im Süden des Sudan oder der Ukraine verändert. Gerade hier leistet die Außenwissenschaftspolitik bereits heute einen Beitrag zu Demokratisierung und Stabilität: Durch Bildungs- und Wissenschaftskooperationen entstehen Räume für Dialog, Zusammenarbeit und Erkenntnisgewinn.

Auch hinsichtlich der aktuellen Flüchtlingsbewegungen – insbesondere aus dem Mittleren und Nahen Osten sowie aus Ost- und Nordafrika – entwickelt die Außenwissenschaftspolitik eine stabilisierende Funktion, indem Ausbildungs- sowie Forschungs- und Arbeitsmöglichkeiten vor Ort entstehen.

Die Bedeutung der Außenwissenschaftspolitik als flankierendem Instrument zur Krisen- und Konfliktbewältigung wird angesichts zunehmender internationaler Krisen weiter wachsen und hat in der Vergangenheit bereits dazu beigetragen, Konflikte zu entschärfen. Die Pugwash-Konferenz leistete so etwa einen bedeutenden Beitrag zur nuklearen Abrüstung und zur wissenschaftlichen Deeskalation des Ost-West-Konfliktes. Darüber hinaus ist das „Academic Peace Orchestra Middle East“ ein Beispiel für die internationale wissenschaftliche Vernetzung und Mobilität für die Umsetzung bedeutender Friedensprojekte unsere Zeit. Deutschland beteiligt sich hier bereits mit zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und leistet einen Beitrag zur Stärkung des Austausches, des Dialogs und zur Konzeption von friedensschaffenden Maßnahmen.

Integration Geflüchteter in die deutsche Hochschul- landschaft

Der Bund hat sich bereits durch wesentliche Beiträge zur Integration von Flüchtlingen in das deutsche Hochschulsystem verdient gemacht, so zum Beispiel durch die Verkürzung der Voraufenthaltsdauer für die Berechtigung zum Bezug von BAföG von vier Jahren auf 15 Monate ab 2016 insbesondere für Geduldete. Für den Zugang zum Studium an deutschen Hochschulen haben sich die Länder zudem im Rahmen der Kultusministerkonferenz (KMK) auf ein dreistufiges Verfahren im Falle von fehlenden Dokumenten zum Beleg einer Hochschulzugangsberechtigung geeinigt.

Mit Mitteln des BMBF wird über den DAAD auch das Programm „Integra“ gefördert. Hierbei konnten Hochschulen Anträge zur Förderung von Sprachkursen stellen, die insbesondere studierfähigen Flüchtlingen zugutekommen. Das AA stärkt mit der Unterstützung der Philipp-Schwartz-Initiative

durch die AvH den Ansatz der Integration verfolgter Forscherinnen und Forscher bei gleichzeitiger Stärkung unserer Wissenschaftslandschaft.

Internationalisierung von KMU-Forschung:

Für die Exportnation Deutschland ist der grenzüberschreitende Austausch und Wissenstransfer Garant für Wachstum und Beschäftigung. Nicht zu trennen ist die Internationalisierung der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen daher von der Sicherung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Deutschland. Enge internationale Kontakte der deutschen Wissenschaft und Hochschulen unterstützen die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie und die Neu- und Weiterentwicklung von Hochtechnologien. Allein das BMBF stärkt mit einem Zehn-Punkte-Programm die Innovationsförderung der KMU mit rund 320 Mio. Euro pro Jahr bis 2017. Die Internationalisierung der KMU wird dabei durch Kooperationen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Einbindung in bestehende Spitzencluster gestärkt. Die Förderung soll zudem flächendeckend erfolgen, sodass der Zugang auch für kleinere Hochschulen ermöglicht wird. Dadurch wird die Einbindung möglichst breiter Hochschulkompetenzen erreicht.

IV. Forderungen zur Stärkung der Außenwissenschaftspolitik im Rahmen der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung

Die eindrucksvolle Bilanz zeigt, dass sich die bisherige deutsche Außenwissenschaftspolitik bislang durchaus bewährt hat. Zugleich bedeutet dies, angesichts neu entstandener Herausforderungen und schwelender Konflikte, den eingeschlagenen Pfad weiter zu verfolgen und ebenso Neues zu wagen. Konkret heißt das im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der aktuellen Finanzplanung:

1. Internationale Mobilität von Studierenden stärken

Der Anteil der internationalen Studierenden sollte ebenso weiter erhöht werden wie der Anteil deutscher Studierender im Ausland. Dies trägt maßgeblich zum Aufbau interkultureller Kompetenzen bei, befördert die Netzwerkbildung und stärkt den grenzüberschreitenden Wissenstransfer. Hierfür bietet der DAAD mit seiner Expertise und den entsprechenden Programmen die richtige Plattform, die es nun zu stärken gilt.

Das STIBET-Programm sollte mit einem höheren Sockelbetrag ausgestattet in Form von neuen Linien weiterentwickelt werden. Ebenso hat sich das Erasmus-Programm in der Vergangenheit bewährt und sollte im Rahmen von Erasmus+ langfristig (ab 2020) weiter ausgebaut werden.

Zudem sollte eine vereinfachte Möglichkeit zur Doppelimmatrikulation geschaffen werden, da hier im Austausch von Studierenden Hürden entstehen, die ausgeräumt werden müssen. So gilt es etwa, den Studierenden zu ermöglichen, sich an einer ausländischen Hochschule immatrikulieren zu können, ohne sich an einer deutschen Heimathochschule exmatrikulieren zu müssen.

Ferner gilt es insbesondere mit Blick auf geflüchtete Studierende, Strukturen so zu entwickeln, dass Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen aus Krisenstaaten in ihrer Verantwortung für die Wiederherstellung von Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ihrer Heimatländer gefördert und dabei gleichzeitig eine fruchtbare Verbindung zum deutschen Wissenschaftssystem ausbauen und erhalten können.

2. Lehre und Studium sowie „Double-Degree“-Programme weiterentwickeln

Zur Stärkung der hochschulischen Internationalisierung sollten die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Lehre verbessert werden. Dabei können insbesondere Austauschprogramme zur Weiterentwicklung von hochschuldidaktischen Maßnahmen unterstützt und gefördert werden.

Auch ist das internationale „Double-Degree“-Programm weiterzuentwickeln und substanziell zu stärken. Hier erwerben Studierende die Abschlüsse der beteiligten Hochschulen im In- und Ausland, wodurch ihnen der Zugang zum jeweiligen Arbeitsmarkt eröffnet wird.

3. Internationale Mobilität in Wissenschaft und Hochschulmanagement erhöhen

Der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollte noch deutlicher gefördert und weiterentwickelt werden. Hierfür sollten die finanziellen und personellen Ressourcen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der AvH und des DAAD für (Forschungs-)Stipendien, strategische Partnerschaften und Projektförderungen aufgestockt werden.

So sollte insbesondere die DAAD-Linie „Strategische Partnerschaften - thematische Netzwerke“, in deren Rahmen in der ersten Runde bereits 21 und in zweiter Runde 28 Partnerschaften gefördert wurden, ausgebaut werden. Ebenso sollten Modelle für den Austausch des bislang vernachlässigten Bereichs des Hochschulmanagements entwickelt werden: Dies gilt sowohl für Austausch und Kooperationen von forschungsstarken Hochschulen und außeruniversitärer Spitzenforschung als auch für Hochschulen und andere Institutionen des Bereichs angewandter Forschung und arbeitsmarktnaher Studien.

Auch sollten internationale Allianzen zum Management dualer Studiengänge und Hochschulen gefördert werden. Ein „Scientists-in-Residence“-Programm sollte etabliert werden. Hierbei können Tandems, die sowohl aus deutschen wie aus internationalen Spitzenforscherinnen und -forschern bestehen, gemeinsam ein Projekt über zwei bis drei Jahre bearbeiten. Über eine integrierte Lehrverpflichtung finden Expertise und Forschungsergebnisse Eingang in die Lehre an den Hochschulen.

Im Sinne einer deutlich verbesserten Vernetzung, – jedoch auch zur Vermeidung von „Brain-Drain“-Effekten – sollte der Fokus ebenso auf die Förderung von Professorinnen und Professoren mit ausländischer Herkunft als „Agenten der Internationalisierung“ gelegt werden. Die weitere Konzeption von gezielten Programmen durch den DAAD oder die AvH ist hier zu befördern. Der Wissenstransfer bei ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in Deutschland temporär qualifiziert wurden, ist Bestandteil der Strategie der Außenwissenschaftspolitik. Zum wissenschaftlichen Austausch für die Bewältigung globaler Herausforderungen sowie der Krisenprävention und -entschärfung sind deshalb die internationalen Zusammenschlüsse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu fördern und auf andere Länder und Regionen zu transferieren. Dabei sollte die Beteiligung Deutschlands kontinuierlich intensiviert werden.

4. Bildungsbiografien und Alumni-Netzwerke befördern

Die Förderung von Individuen, ihre Emanzipation durch Bildung und die Schaffung einer idealerweise langanhaltenden Bindung zu Deutschland sind wichtige Aspekte der AWP. Daher muss generell auch nach Abschluss von AWP-Maßnahmen Wert darauf gelegt werden, mit den Geförderten in stetem Kontakt zu bleiben. Dies geschieht beispielsweise über das Alumni-Portal Deutschland, das als soziales Netzwerk die Vernetzung und den Wissensaustausch von deutschen Alumnae und Alumni, Unternehmen, Hochschulen und Organisationen fördert.

5. Geschlechtergerechtigkeit im internationalen Wissenschaftssystem sicherstellen

Förderprogramme sind grundsätzlich konzeptionell so auszugestalten, dass sie der Geschlechtergerechtigkeit und damit dem Geschlechterproporz Rechnung tragen. Es gilt jedoch auch, besondere Anreize in jenen Fächern zu setzen, in denen Frauen noch deutlich unterrepräsentiert sind. So sollten aus deutscher Perspektive im Kontext der Internationalisierung insbesondere in den MINT-Fächern für Frauen Anreize zum internationalen Austausch geschaffen werden, während dies umgekehrt in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen für Männer gilt, da sie hier zumeist die Minderheit bilden.

Zudem sollten spezielle Programme für Nachwuchswissenschaftlerinnen und etablierte Wissenschaftlerinnen geschaffen werden, die Programmbausteine in jeder Qualifikationsphase der akademischen Laufbahn – vom Bachelor bis in die Postdoc-Phase und darüber hinaus. Entsprechende Programme, die auch wissenschaftliche Konferenzen und Vernetzungsmöglichkeiten als Unterstützungsmaßnahme vorsehen, sollten mit Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen koordiniert werden. Es gilt darüber hinaus stets sicherzustellen, dass sämtliche Programme zur Stärkung der hochschulischen Strukturen die Familienfreundlichkeit vor Ort stärken.

6. Menschen mit Behinderung stärker einbeziehen

In Artikel 32 der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um „die Forschungszusammenarbeit und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen [von Menschen mit Behinderung] zu erleichtern“. Nicht zuletzt deswegen sollte es das Ziel deutscher Außenwissenschaftspolitik sein, Studierende und Forscher mit einer Behinderung verstärkt in ihre Programme einzubeziehen.

7. Integration von Geflüchteten in die deutsche Hochschullandschaft beschleunigen – Krisen- und Konfliktprävention stärken

Das seitens der Kultusministerkonferenz etablierte Modell für die Anerkennung der Hochschulzulassung (bei fehlenden Nachweisen) muss sich nun in der Praxis beweisen. Zudem sollte es fortlaufend evaluiert werden. Dabei ist zu prüfen, in welchem Rahmen der Bund seine Unterstützung bei der Integration von Geflüchteten in das Hochschul- und Wissenschaftssystem weiter ausbauen sollte. Konkret kann der Bund vor allem in den Bereichen studentisches Wohnen, BAföG-Leistungen und Unterstützung von Härtefallregelungen tätig werden. Rechtliche Regelungen sollten bedarfsorientiert angepasst und finanzielle Mittel entsprechend zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeit des Goethe-Instituts sollte gestärkt werden, indem ein Schwerpunkt auf die Förderung des Deutschen Sprachdiploms (DSD I) als Instrument der Erstintegration von Geduldeten, Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie anerkannten Flüchtlingen gelegt wird. Dies wird derzeit vorwiegend im Ausland angeboten. In der Zukunft sollte es vermehrt im Inland beim Spracherwerb von nach

Deutschland gekommenen Flüchtlingen eingesetzt werden. Zur weiteren Stärkung des Goethe-Instituts gehört ebenso ein weiterer Ausbau der „Studienbrücke“, die den Zugang an eine deutsche Universität direkt nach dem Schulabschluss ohne zusätzliche Vorbereitungskurse und Aufnahmeprüfungen ermöglicht.

Programme wie z.B. die Philipp Schwartz-Initiative der AvH, die politische Verfolgte schützt, können darüber hinaus einen substanziellen Beitrag zum Schutz von bedrohten Menschen leisten und unsere Forschungslandschaft personell stärken. Solche Formate der Mittlerorganisationen sollten auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert und bei aussichtsreichem Ansatz politisch unterstützt werden – letztes gilt ebenso für politische Netzwerke wie Scholars at Risk (SAR).

Mit Fokus auf Krisen und Konflikte empfiehlt es sich, Stipendienprogramme wie die seit 1992 existierende Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) finanziell und personell zu stärken. Die DAFI stellt eine einzigartige Möglichkeit für Flüchtlinge dar, ihr Hochschulstudium in Aufnahmeländern fortzuführen.

8. Willkommenskultur etablieren

Zur Willkommenskultur gehört es auch, die Studienwege nach Deutschland zu erleichtern. Bund und Länder sollten gemeinsam mit der KMK und der Hochschulrektorenkonferenz den Hochschulzugang für internationale Studierende weiter erleichtern. Dafür werden u.a. die Bereiche Visavergabe, Überprüfung der Studierfähigkeit und die Bewertung von Schul- und Hochschulabschlüssen sowie die Beratungsangebote vor Ort (wie z.B. Hochschulmessen, ausreichende Vertretung der Mittler) nochmals in den Blick zu nehmen sein. Die Weiterentwicklung einer Willkommenskultur in Deutschland stützt sich auch darauf, dass Deutschland schon Heimat vieler Menschen unterschiedlichster Herkunft ist und immer mehr leistungsbereite junge Ausländerinnen und Ausländer, darunter zahlreiche Absolventinnen und Absolventen deutscher Schulen und Hochschulen, zuwandern. Unterstützt durch Bund und Länder sollten alle deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen existierende Programme ausbauen und weiterentwickeln.

9. Transnationale Bildungs Kooperation und -projekte ausbauen

Binationale Hochschulkooperationen sollten deutlich gestärkt und systematisch ausgebaut werden. Die Förderung eines internationalen Studiums sollte dabei erleichtert werden (Auslands-BAföG). Hierbei wäre der Fokus insbesondere auf die Stabilisierung von Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie des Maghreb zu legen. Anwendungsnahe Forschung und arbeitsmarktadäquate Studiengänge stärken die Bildungsinstitutionen und leisten substanzielle Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor Ort. Der den Bildungs Kooperationen zugrunde liegende Netzwerkgedanke muss dabei konsequent einbezogen werden. Insbesondere kommen hierbei Fachhochschulen und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften durch ihre anwendungsorientierten Lehrangebote und entsprechende Forschungs- und Entwicklungsvorhaben als Partner infrage.

Ferner sollten Kooperationen zwischen deutschen und internationalen Hochschulen einerseits und deutschen KMU und den Außenhandelskammern andererseits gefördert werden. Hierfür sollte das Modell der vier bestehenden und vom AA geförderten Exzellenzzentren in Russland, Thailand, Chile und Kolumbien weiterentwickelt und in weiteren Regionen etabliert werden. Thematisch sind die neuen Exzellenzzentren dazu angehalten, Lösungen für globale gesellschaftliche Herausforderungen zu erforschen. Damit binationale Hochschulkooperationen sowie Exzellenzzentren in jenen Regionen praxisorientiert flankieren können, in denen sie etabliert werden, sollten Stipendienprogramme entwickelt werden, die neben dem Hochschulstudium auch Praktika in Unternehmen ermöglichen. Dieses sollte die Absolventinnen und Absolventen dazu befähigen, rasch einen Einstieg in die regionalen Arbeitsmärkte zu finden und einen „Brain-Drain“-Prozess zu vermeiden. Hinweise, wie die der Türkisch-Deutschen Hochschule in Istanbul, nach einem Mehrbedarf an deutsch-muttersprachlichen Lehrkräften, sollten ernst genommen werden.

Eine Stärkung der Transnationalen Bildungskooperationen mit afrikanischen Ländern ist für die Weiterentwicklung der diplomatischen und kulturellen Beziehungen sowie für eine fruchtbare Partnerschaft von besonderer Bedeutung und darf nicht regional beschränkt bleiben. Es sollte unter anderem das Programm „Fachzentren Afrika“ weiter ausgebaut und gestärkt werden.

Die Kontinuität der bisherigen erfolgreichen Projekte sollte gewährleistet werden, wie die besondere Stärke der Transnationalen Bildungskooperationen und -projekte: der Praxis- und Anwendungsbezug. Dies gilt auch für Austauschformate für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie das Programm „Einstein BIH Visiting Fellows-Programm“, das aus Sicht der SPD-Fraktion mit der Schaffung von weiteren 100 Plätzen unterstützt werden sollte.

Ferner können lokale, kulturpolitisch relevante Initiativen gestärkt werden, z. B. in Form von Wiederaufbauprojekten von Bildungseinrichtungen oder Kulturerbestätten vor Ort.

10. Digitalisierung im Rahmen der Internationalisierung bestärken

In der heutigen vernetzten Welt spielt Digitalisierung als sozialer Veränderungsprozess der Wissenschaftswelt eine zentrale Rolle. Der Einsatz neuer Medien erschließt neue Möglichkeiten und neue Zielgruppen für die internationalen Kooperationen. Studieninformationen, sprachliche Vorbereitung via Apps für Smartphones und akademische Propädeutik können dabei erste Schritte sein. Digitale Weiterentwicklungen und technologische Fortschritte sollten in die Programme, Instrumente und Maßnahmen zur Internationalisierung integriert werden. So können moderne Technologien beispielsweise auch kleinen und peripheren Hochschulen die Partizipation an exzellenter Wissenschaft und Bildung im internationalen Kontext ermöglichen. Digitale Optionen können dabei helfen, praktische physische Probleme zu überwinden, zum Beispiel durch das Bereitstellen digitaler Infrastruktur zur Studienfortsetzung in Krisengebieten. Ein Beispiel hierfür ist der transdisziplinäre Leibniz-Forschungsverbund Science 2.0. Die Möglichkeit, Hochschulen neben bestehenden Programmen zur Digitalisierung fortwährend bei der Umsetzung der digitalen Forschung und Lehre zu unterstützen, sollte ausgebaut werden.

11. Internationalität außeruniversitärer Forschungseinrichtungen fördern

Die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft und die Leibniz-Gemeinschaft sollten finanziell und personell gestärkt werden, um ihre internationalen Strukturen weiter ausbauen zu können. Ein Fokus ist dabei auf die Forschung zur Bewältigung globaler gesellschaftlicher Herausforderungen zu legen. Die Forschungseinrichtungen sollten zudem verstärkt mit Hochschulen und anderen Institutionen vor Ort kooperieren.

Neben den lang etablierten Institutionen gilt es ebenfalls die projektgebundene internationale Forschung auszubauen, dabei insbesondere das nachhaltige Ressourcenmanagement global zu stärken und gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort zu entwickeln.

Die Mittlerorganisationen des AA und BMBF sind bei der Netzwerkbildung besonders erfahren und qualifiziert. Daher kommt ihnen bei der Umsetzung der AWP eine besondere Rolle zu. Ein wichtiges Ergebnis des Review 2014 des AA war die Notwendigkeit, sich stärker gesellschaftlichen Akteuren zu öffnen und vernetzter zu arbeiten, um Know-how zu bündeln und Synergieeffekte zu erzielen. Zu diesen Akteuren zählen insbesondere auch Stiftungen. Dies gilt ebenso für die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie auch für weitere ausgewählte Akteure, mit ausgeprägten Profilen in der Wissenschaftsförderung. Zugleich gilt dies auch für die Mittlerorganisationen untereinander.

12. Deutsche Schulen im Ausland stärken und Zugangsmöglichkeiten zu deutschen Studiengängen intensivieren, erhalten und fördern

Eine zentrale Rolle beim Erwerb der deutschen Sprache, die ebenso in ihrer Form als Wissenschaftssprache weiter gestärkt werden sollte, spielen die Deutschen Auslandsschulen und die PASCH-Schulen. Diese sollten in besonderer Weise unterstützt werden – so auch in Bezug auf die Ausweitung der Inklusion. Zur Stärkung der Auslandsschulen gehört ebenso, Personalstellen sowohl an Deutschen Auslandsschulen als auch die Lehrerbesoldung für die rückkehrenden Lehrkräfte attraktiver zu gestalten.

Um Deutsch als Wissenschaftssprache in einigen Fachbereichen wie z.B. den Geistes- und Sozialwissenschaften weiter zu fördern, sollten Publikationen in deutscher Sprache besonders unterstützt werden. In Sachen Übersetzungsförderung ist das Goethe-Institut hier der zentrale Ansprechpartner. Ferner sollten gemeinsam mit dem DAAD und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geeignete Förderindikatoren entwickelt werden.

13. Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser stärken

Die hervorragenden Leistungen der Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) sollten weiterentwickelt und ausgebaut werden. Neue Häuser zu etablieren, bietet sich auf dem afrikanischen Kontinent an, so etwa in Nigeria. Zugleich sollte auch auf Jordanien ein besonderer Fokus liegen. Ziel ist es, neben den bereits festgelegten Aufgaben der etablierten DWIH, Kooperationsvorhaben auf Augenhöhe in von Instabilität bedrohten Regionen aufzubauen. Weiterhin sollte künftig eine einheitliche Dachstruktur die Zuständigkeit der DWIH übernehmen. Es bedarf mittelfristig weltweit einheitlicher Organisationsstandards und klarer Verantwortlichkeiten für die DWIH.

14. Internationalisierung von KMU entfalten:

Die Aufstockung des Programms „KMU-international“ ist dringend geboten. Sie sollten vor allem für jene Branchen vorgesehen werden, in denen die deutschen KMU noch keinen Anschluss an innovationsstarke Unternehmen im Ausland haben. Darüber hinaus ist ein internationales Programm für Praktikantinnen und Praktikanten bzw. für Werksstudierende zu etablieren, damit auch auf der Ebene der praktischen Ersterfahrungen der internationale Austausch gefördert wird.

15. Monitoring zur Außenwissenschaftspolitik implementieren

Um die Grundlagen für eine evidenzbasierte Außenwissenschaftspolitik auszubauen, bedarf es eines Monitoring für die Prozesse der Internationalisierung unserer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sowie ihrer Ergebnisse und Effekte. Ein solches Monitoring ist die Basis für die politische Weiterentwicklung ressortübergreifender Strategien und muss auf international vergleichbaren Indikatoren beruhen. Diese gilt es zu entwickeln und festzulegen. Ein Bericht, der die internationale Dimension von Innovationssystemen beschreibt, bewertet und Handlungsempfehlungen gibt, ist der Bundesregierung alle zwei Jahre durch eine Expertenkommission vorzulegen.

16. Think Tank zur Außenwissenschaftspolitik aufbauen

Anknüpfend an das Monitoring sollte für die Weiterentwicklung und Implementierung neuer Maßnahmen für die Außenwissenschaftspolitik ein Think Tank etabliert werden. Die fachkompetenten Mitglieder sollten ihre Expertise aus Hochschulen und/oder der Hochschulrektorenkonferenz, der DFG, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, DAAD, AvH, Mitgliedern des Deutschen Bundestages, ggf. KMU und großen Unternehmen in die Beratungsprozesse einspeisen. Ziel ist ein fortlaufender, ressortübergreifender Deliberations- und Konsultationsprozess, der sowohl Kooperationen zu einzelnen Staaten und Regionen als auch einzelne (zu entwickelnde) Programmlinien beraten kann.

